



Sächsische Volkszeitung

Einige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Peter und Paul. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Zur Trennung von Kirche und Staat.

Ein geistvoller Priester, früherer Lehrer, kennzeichnete das Verhältnis von Kirche und Schule, indem er sagte: „Die Kirche ist wie die Linde, die bei dem Schulhaus steht, ihre Zweige darüber ausbreitet, es beschattet und ihren milden Duft darüber ergiebt.“ — Diese Linde soll nun abgeägt, dem Schulhaus Schatten und Duft genommen werden. Unsere katholischen Schulen sollen aufhören, zu bestehen, die Kinder und Lehrer verteilt werden. Ein Stück Heimat geht verloren, wo leise das Vogelköpfchen erschallt in frommen Stunden der Erbauung und seelischen Erhebung, wo gütig das Bild des Welterschöpfers herabblieb auf die kleine Gemeinde, an dessen Bild der Lehrer sich immer und immer wieder Geduld und neue Kraft holte. Da war der Name Gottes kein leerer Schall — in jeder Stunde durchdrang das Walten seiner Liebe und Güte, seiner Allmacht und Weisheit den Unterricht. Hinaus in die Fremde sollen wir und unsere Kinder gehen, wo kein Wegkreuz, kein Muttergottesbild zu stiller Andacht ruht, wo kein lieber, frommer Mutterlaut erkönnt und das Herz mitflingen läßt inmitten reicher Verstandeswerte. — Ein Bild vom letzten Schultage vor den Weihnachtsferien: Meine Mädels, eine recht lebhafte, aber liebe Gesellschaft, lassen mich früh nicht in die Klasse. „Bitte, bitte, jetzt noch nicht!“ Doch die Zeit ist um. Ich trete ein. Da stehen sie mit heißen Wangen und glänzenden Augen um einen kleinen, reichgeschmückten Tannenbaum und singen „Stille Nacht . . .“ Kleine Geschenke, wie sie nur ein Kinderherz ersinnen kann, liegen darunter. An der Tafel steht: Wir wünschen unserem Herrn Lehrer ein recht frohes Weihnachten. Ihre lieben Schülersinnen. — Und das soll nun wegfallen? So etwas rüttelt und löst mit neuem Fröhlichkeit die oft so schwere Verfassung aus.

Und wenn die Linde nicht mehr neben dem Schulhaus steht, wer schützt es dann vor rauhen Stürmen? Wenn der Religionsunterricht, der konfessionelle, der Schule genommen wird, wer führt dann noch die Kinderherzen im materiellen Kreisen empor zum Himmel, wer gibt ihnen den milden Duft, der des Tages Plage und Mühe leise und versöhnend überweht? Tut's vielleicht ein kalter sogenannter Moralunterricht, der jeder tieferen Einwirkung entbehrt und entbehren muß, weil er nicht dem Glauben entspringt, sondern nur der Vernunft? Wir sollen unsere katholischen Schulen, wohl meist aus mühseligen Steuergroschen errichtet und ausgebaut, so mir nichts dir nichts verlieren? Ist das nicht Raub? Staatlich konzessionierter Raub? Und noch mehr als das. Uns Lehrern nimmt man ein Stück vom Herzen weg, unseren Kindern aber will man die Seele rouben. Das dürfen wir nie und nimmer zulassen. Oder ließe sich ein Privatmann sein Einfamilienhaus mit dem kleinen blumengeschmückten Gartchen wegnehmen und sich in eine Mietshäusern sticken? Niemals! Es kann ihr alle, die es angeht, katholische Gemeinden, Eltern und Lehrer — protestiert und protestiert immer und immer wieder gegen die Trennung von Kirche und Schule, protestiert gegen die Aufhebung der konfessionellen Volksschule! Wehrt euch dagegen! Steinerne Tropfen häult den Stein. Es hat Zweck und Erfolg! Das sieht man aus dem Einlenken der preußischen Kultusministers! — Damit die Linde beim Schulhaus stehen bleibt und ihr süßer Duft die Herzen der Kinder mit reiner Gefinnung erfüllt und hinzu legt zur ewigen Heimat!

— S. 2. 2. 224

Wischel.

Der Protest der katholisch-geistlichen Behörden Sachsen.

Die katholisch-geistlichen Behörden Sachsen legen gegen die Verordnung des Kultusministeriums, Einschränkung bezw. Unterdrückung des Religionsunterrichtes in den sächsischen Volksschulen betreffend, als eine Verleugnung von Recht und Gewissensfreiheit, sowie auch gegen die Entfernung der Geistlichen aus dem Schulvorstande entschieden Verwahrung ein.

Keine, auch vom Volke anerkannte, Regierung besitzt die Vollmacht, ein von den gesetzgebenden Gewalten ordnungsgemäß verabschiedetes Gesetz, wie es das Sächsische Schulgesetz ist, einseitig aufzuheben. In diesem ist aber der Religionsunterricht nicht nur als erster und vornehmster Unterrichtsgegenstand, sondern auch als Grundlage der Schulerziehung klar und deutlich anerkannt. Als Geist kann ein sogenannter Monalunterricht, an dem keine Konfession Anteil nehmen soll, keineswegs angesehen werden. Ein solcher Unterricht, der nicht auf christlicher Weltanschauung aufgebaut ist, muß von allen christlichen Konfessionen im vornherein abgelehnt werden.

Die Verordnung bedeutet auch einen rauhen Eingriff in die Gewissensfreiheit christlicher Eltern. Diese fühlen sich streng verpflichtet, ihren Kindern auch in der Schule eine christliche Erziehung, die die häuslich nur zu ergänzen hat, angedeihen zu lassen. Dann kann aber der Religionsunterricht noch dem jeweiligen Bekennnis der Kinder gar nicht entbehrt werden. Die Schule ist der Kinder wegen da und nicht umgekehrt.

Eine religionslose Schule ist nur allzusehr geeignet, Gleichgültigkeit und Feindschaft gegen Christentum und Kirche groß zu ziehen und Früchte zu zeitigen, die auch dem Staate und der menschlichen Gesellschaft zum größten Schaden gereichen.

Darum ist es heilige Pflicht der geistlichen Behörden, gegen die Entchristlichung der Schule feierlich Einspruch zu erheben.

Die katholisch-geistlichen Behörden Sachsen.

Wählerlisten prüfen.

Mit dem 20. Dezember hat nach der Bestimmung des Reichsamtes des Innern im ganzen Reich die öffentliche Auslegung der Wählerlisten begonnen. Sie dauert bis zu 20. Tage. Es ist höchstens 1500 älter, vor dem 20. Jan. 1899 geborenen männlichen und weiblichen Personen, die in dieser Zeit davon zu überzeugen, ob sie auch in die Wählerliste aufgenommen sind. Wer nicht in der Wählerliste steht, kann am 19. Januar sein Wahlrecht nicht ausüben. Die Nachprüfung ist um so notwendiger, als die Wählerlisten in größter Geschleunigung und sicherlich vielfach mit ungeschultem Hilfspersonal aufgestellt worden sind.

Wegen des ungeheuren Andrangs können die Behörden vielfach nicht zulassen, daß die Einsicht der Wählerlisten, wie bestimmt war, durch Helfer und Helferinnen erfolgt. Jede Familie muß daher selbst die Liste einschauen.

Die polnischen Wirren

Über die allgemeine Lage in der Provinz Posen gab Minister Ernst der Telegraphenunion folgende Darstellung: In Deutschland müsse man sich darüber unbedingt klar werden, daß sich die Machtverhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen gesandt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr verändern lassen. Es sei ein Unsin, auch nur zu glauben, daß man heute noch mit Gewalt etwas ausrichten könnte. Bei dem Fanatismus der Polen würde dadurch lediglich ein Bruderkrieg entfacht werden, dessen furchtbare Wirkungen gar nicht abzusehen sind. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Posen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand. Unter diesen Umständen muß man, so bemerkte Ernst weiter, in Deutschland vor allen Dingen von dem Gedanken ausgehen, eine Verständigung mit den Polen auf gütlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten ihm gegenüber ausgesprochen, daß sie zwar die feste Absicht haben, die Provinz Posen von Deutschland abzutrennen, und mit Russisch- und Österreichisch-Polen zu vereinigen, um den grohpolytischen Staat wieder ins Leben zu rufen. Die deutsche Regierung aber sollte dabei keineswegs vor vollendete Tatsachen gestellt werden, die polnische Regierung würde vielmehr mit ihrem Vorgehen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten.

Einigung in Posen.

Von polnischer Seite wird mitgeteilt, daß in der gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, des Obersten polnischen Volksrats, des Kommandierenden Generals und des Oberpräsidenten zwischen den Parteien eine Einigung erzielt wurde, die eine Gewähr dafür bietet, daß in Zukunft Ruhe und Ordnung herrschen werden.

Die Befreiung Gnesens durch die Polen.

In Gnesen haben die Polen, wie aus polnischer Quelle gemeldet wird, die Infanterie- und Dragonerkaserne besetzt und die Verwaltung der Stadt übernommen. Am Sonntag kam eine Abteilung des Heimatschutzes aus Bromberg an, die die Übergabe der Stadt Gnesen forderte. Es entpankte sich ein kurzer Feuerkampf, bei dem es einige Tote auf beiden Seiten gab. Darauf wurden Verhandlungen eingeleitet, die damit endeten, daß die Deutschen sich verpflichteten, Gnesen und Umgebung zu verlassen, während die Polen das eroberte Kriegsmaterial herausgaben. Die Gefangenen wurden freigelassen. Verschiedene kleine Städte, wie Schrimm, Czepin, Grätz usw. wurden auf Grund friedlicher Vereinbarung in polnische Verwaltung übernommen. Der deutsche Volksrat an die Waffenstillstandskommission.

Abreise der Engländer und Paderewski nach Warschau.

Berlin, 2. Januar. Der Vertreter der englischen Delegation in Spa General Haig hat an den englischen Oberstleutnant Wade, zurzeit in Posen, folgendes Telegramm gerichtet: Ich habe vom englischen auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzureisen. Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang. General Haig. Britische Delegation in Spa.

Dem Oberstleutnant Wade war deutscherseits gemeinsam mit Paderewski freies Geleit ausdrücklich nur für die Reise Danzig-Warschau gewährt worden. Beide hatten sich aber trotz deutschen Einpruchs nach Posen begeben und hatten dort, wie die deutsche Regierung es dem Verband unter Abholzung der Verantwortung vorausgesagt hatte, deutschfeindliche Kundgebungen beobachtet, indem sie unter bewußter Entstehung der Läden dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, ihr Aufenthalt in Posen vollziehe sich im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission. Mit dem straffen Befehl zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan worden, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

Posen, 2. Januar. In der Nacht zum 1. Januar wa-3 Uhr sind Paderewski, sowie die beiden Mitglieder der englischen Kommission Oberstleutnant Wade und Leutnant Langford, sowie Major Iwanowitsch von der Hollerschen polnischen Armee aus Posen in der Richtung nach Warschau abgereist. Der Kommandeur Pawlings, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spa mit einem Bericht für die Waffenstillstandskommission. In Ostrowo sind Bahnhof, Post, Polizei, Banken und alle öffentlichen Gebäude in polnischer Hand. Heute trat eine Spezialkommission zusammen, die das gesamte militärische Inventar übernahm. Auch in Skolmierzce ist alles in polnischer Händen. Rostock ist ebenfalls von den Polen besetzt. Auch der Truppenübungsplatz Warthelager ist von polnischen Abteilungen besetzt worden. In der Stadt Posen treten allmählich große Zustände ein. Der Post- und Fernsprechbetrieb ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Das „Posener Tageblatt“ und die „Ostdeutsche Rundschau“ dürfen vom Sonnabend früh ab wieder erscheinen.

Der deutsche Volksrat Westposen hat an die deutsche Waffenstillstandskommission folgende Bitte gerichtet: 800 000 Deutsche bitten die Waffenstillstandskommission mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz die Grenzen des Deutschen Reiches vom 1. August 1914 respektiert und aufrechterhalten bleiben und daß unter keinen Umständen einer Besetzung der Ostprovinzen durch polnische oder Verbündestruppen zugestimmt wird. Dafür, daß der Friede im Osten nicht gestört wird, kann der deutsche Volksrat für die Deutschen garantieren. Alle gegenseitigen Wiedergaben sind erfunden. Es kann auch keine Rede sein von irgendwelcher Hetz- oder Unterdrückungspolitik in der Provinz Posen. Die neue Regierung verwirft sie im Prinzip und die im Volksrat zusammengeschlossenen Deutschen sind ebenso ehrlich gewillt, beiden Nationalitäten gerecht zu werden, d. h. auch den Polen reelles nationales Eigenleben zuzubilligen. Aber eben deshalb fordert er auch ebenso energisch die Anerkennung der deutschen Rechte und erklärt, daß Ruhe und Ordnung ohne jede fremde Weihilfe gewahrt bleiben.

Die deutsche Waffenstillstandskommission gegen polnische Erhebungsgesetze.

Berliner Plötzter melden aus Graudenz: Die Waffenstillstandskommission sandte auf ein Telegramm der Deutschen nationalen Volkspartei in Graudenz, daß schärfsten Einspruch gegen die großpolnischen Bestrebungen erhob, folgende Antwort: „Kein Fall deutscher Friedens soll polnischen Erhebungsgesetzen zur Opfer fallen.“

Die Stärke der Streitkräfte.

lieber die Stärke der in Polen sich gegenüberstehenden Parteien erfährt eine Korrespondenz, daß die Polen etwa 6000 Mann stark sind, organisiert in zwölf Sicherheitskompanien zu 100 Mann und in die Bürgerwehr. Ihnen ständen etwa 2000 Mann der Infanteriebataillone des Grenadierregiments 6, der Artillerieregiment 5 und 23, des Feldartillerieregiment 20, der Maschinengewehrabteilung und der Fliegerei, welche gegenüller jetzt halten sich nur noch die 6. Grenadiere, ein Teil des aus dem Felde zurückgekehrt aktiven Regiments. Die Tauer ihres Widerstandes wird von der Möglichkeit der Lebensmittelzufuhr abhängen.

Deutsches Reich

Der Streik in Oberschlesien.

Tarnowitz, 1. Januar. Die Arbeiter in der Friedensgrube, die am Sonnabend in den Ausstand getreten waren, haben den Direktor Busch durch Todesdrohungen gezwungen, die Forderungen zu bewilligen. Die Beamten der Grube faßten darauf Verhandlungen über Wiederaufnahme der Arbeit mit den Arbeitern an, die erfolglos blieben. Als am Montag erneute Verhandlungen zwischen den Bergverwaltungsbeamten und den Sicherheitsbeamten der Arbeiter erfolglos blieben, erklärten die Bergverwaltungsbeamten, nun auch ihrerseits zu streiken, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Bezeichnend für das Vertrauen, welches die Sicherheitsbeamten der Bergwerken ihren eigenen Genossen entgegenbringen, ist, daß sie sofort, nachdem die Bergverwaltungsbeamten die Werke verlassen hatten, die Kasse, das Kessel- und Maschinenhaus befreiten, um sie vor Plünderungen und Demolierungen zu bewahren. Darauf fuhren die Arbeiter am Montag wieder ein und forderten nur 400 Wagen gegen 1500 an festigen Tagen. Angesichts dieses schlechten Ergebnisses begaben sich die Sicherheitsbeamten der Bergwerke zum Direktor Busch, um ihn zu bitten, die Beamten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Die Arbeiter würden dann die Arbeit auch wieder aufnehmen. Außerdem erklärten sie sich bereit, den Direktor um Verzeihung zu bitten. Dieser erklärte darauf die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten, worauf die gesamte Arbeit auf der Friedensgrube wieder aufgenommen wurde.

Berlin, 2. Januar. Um in Lipine und in Piasnitz Sabotageakte an den Gruben zu verhüten, rückten die zurzeit in Königshütte liegenden Jäger im Stärke einer Kompanie mit vier Maschinengewehren aus. Die Bivilbevölkerung sei dem „B. L.“ zufolge jedoch über die Truppen her, plünderte sie aus und nahm ihnen die Maschinengewehre fort. Gestreift wird nur noch auf Kleophas und Dubenlo, wo insgesamt etwa 2000 Arbeiter ausständig sind. Zu terroristischen Anschlägen ist es nicht mehr gekommen. Als das der Maschinengewehrkompagnie bekannt wurde, rückte sie sofort nach Lipine ab, wurde aber von Verbüllern ebenfalls angegriffen, worauf die Jäger das Maschinengewehrfeuer eröffneten. Ein Toter und sechs Verwundete blieben auf dem Platz.

Beendigung des oberschlesischen Streiks.

Kattowitz, 2. Januar. Der Bergarbeiterstreik auf den Gotthardschächte, den Gruben Hohenzollern, Paulus, Scheim, Gottschlengo, Brandenburg, Graf Franz, Abmehr, Konkordia Mar, Deutschland, Schlesien, Ludwigsglück, Hedwigswunsch, Frieden, sowie auf den Schächten Hillebrand, Menzel, Achenborn und Gräfin Johanna ist am 31. Dezember erloschen.

Der neue Kriegsminister.

Berlin, 3. Januar. Der Kriegsminister Scheuch hat den von ihm erbetenen Abschied jetzt erhalten. Zu seinem Nachfolger ist, wie der „B. Lokalanz.“ hört, der württembergische Oberst Reinhardt ernannt worden.

Das Programm des neuen Staatssekretärs.

Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brodorff-Ranckau hat nach Übernahme seines Amtes einem Mitarbeiter des B. L.-B. folgendes erklärte: Mein Bestreben wird sein, Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk ist im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbstniedrigung wie Überhebung vermeiden. Zu meinem Teile hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehne ich ab. Manche unserer Gegner verbürgten die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr, wie der Glaube irrig ist, daß Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen. Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Zusagen gewissenhaft einhält, aber nicht um die Breite eines Haars über das hinausgeht, was es als Recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfprinzip gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundfaß gelten soll: „Der Balkan den Balkanvölkern“, so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen“.

Geh. Adolf Hoffmann?

Berlin, 3. Januar. Wie das „B. L.“ hört, ist in der Frage, ob die Mitglieder der unabhängigen sozialdemokra-

tischen Partei auf ihren Ministerposten in Preußen bleiben oder nicht, bereits eine grundhafte Entscheidung gefallen. Es wurde vereinbart, daß die Zugehörigkeit zur unabhängigen Partei kein Hindernis für das Verbleiben des einzelnen Ministers im Amt sein soll. Man will von Fall zu Fall prüfen, welche Persönlichkeiten unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Amt bleiben könnten und welche mit Rücksicht auf die politische Lage ausscheiden müssten. Über einzelne Persönlichkeiten des preußischen Ministeriums ist bereits entschieden. So dürfte es als sicher gelten, daß Adolf Hoffmann das Kultusministerium verläßt.

Der Kellnerstreit in Berlin.

Berlin, 2. Januar. Die „B. L. am Mittag“ teilt mit: Der Kellnerstreit hat als Gegenmaßregel die Sperrung der Unterkünfte gebracht. Die Cafés und großen Gastwirtschaften bleiben geschlossen. In den Hotels werden nur Gäste aufgenommen, die von auswärts zu reisen. Die Zahl der strafenden und ausgeworfenen Kellner, Köche und des Gasträtschersonals wird heute auf rund 15 000 berechnet. Hierzu kommen noch die arbeitslosen Kellner, deren Zahl auf 500 berechnet wird. In Kreisen der Arbeitnehmer berichtet keine Einigkeit. Viele sind empört über das Vornehen des Verbandes der Gastwirtschaften, der nach ihrem Ermessen nicht frei handelt, sondern unter dem Druck von Spartakisten. Neben dem gewerkschaftlichen Verband besteht bereits ein Arbeiterrat der arbeitslosen Gastwirtschaften, der sich der Bewegung immer mehr bemächtigt.

Aus den besetzten Gebieten.

Berlin, 2. Januar. Die „B. L. am Mittag“ meldet aus Köln: Anlässlich eines Überfalls auf den Bürgermeister des benachbarten Ortes Schlebusch sind von der britischen Besatzungsbehörde außer den Toten 128 Mitglieder des A.- und S.-Rates, sowie einige Personen, die mit diesem in näheren Beziehungen standen, verhaftet und nach Köln geschafft worden. Die Verhaftungen sind erfolgt, ohne daß von den deutschen Behörden irgendwelcher Einfluß ausgeübt wurde. -- Bei einem Streit in einem industriellen Betrieb in Übersassel bei Düsseldorf, an dem sich etwa 100 Arbeiter beteiligten, hat die belgische Besatzungsbehörde eingegriffen und den Führer, der mit den belgischen Behörden verhandeln sollte, verhaftet und nach Belgien geschafft.

Heeresgut ist Reichsgut

Gib heraus, was nicht Dir gehört.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Sicherung der Wahlfreiheit in Bayern.

München, 31. Dezember. Die Gesamtregierung hat eine Verordnung erlassen zur Sicherung der Wahlfreiheit für den Landtag. Wer es unternimmt, durch Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art, durch terroristische Ausnutzung behördlicher Einflüsse, des Vorgesetztenverhältnisses, wirtschaftliche und sonstige Abhängigkeiten, endlich durch Gewissenszwang die Wahlfreiheit der Wähler und Wählerinnen zu beeinflussen, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre bestraft. Die Gemeindebehörden werden verpflichtet, während der Wahlbewegung die ihnen übergebenen Wahllisten und Stimmzettel aller Parteien und Gruppen zur Verfügung zu halten und dafür zu sorgen, daß sie weder entwendet noch vernichtet werden können. Wer Wahllisten oder Stimmzettel entwendet oder vernichtet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Die Reichsregierung gegen die russischen Bolschewiki.

Berlin, 2. Januar. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funkspruch nach Moskau gerichtet: Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen und ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklichen Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten. Ferner hat sie an Osterost, dem Zentralrat der Okfront, sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm gerichtet: Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Radek ist vor einigen Tagen mit anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuskartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es auzunehmen, sich der Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie das möglich gewesen ist, und ersuchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu nehmen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dafür getan wird, um das Eindringen der Anarchie in Deutschland zu verhindern.

Berlin, 2. Januar. Radeks Aufenthalt in Berlin hat in Verbandskreisen großes Interesse erregt. Falls es Deutschland nicht gelingt, den Bolschewismus fernzuhalten und falls nicht binnen kurzer Zeit endgültig mit der Sowjetregierung gebrochen wird, wollen die Verbandsmächte, besonders die Vereinigten Staaten, Deutschland ebenso unter Quarantäne stellen, wie es bereits mit Russland geschieht.

Angesichts dieser Meldung aus dem Osteuropa erheben die „B. L.“ die Frage, ob der Berliner Polizeipräsident, der zu den Personen gehört, die am energischsten nach Frieden und Wohl gerufen haben, nicht Karl Radek, der auf falschen Fuß eingereist ist, auszuweisen gedenkt? Radek gefährdet durch seine bloße Anwesenheit die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Der Deutsche Innungs- und Handwerkstag zu den Wahlen.

Der Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in Weimar faßte folgende Entschließung mit großer Mehrheit: „Der außerordentliche Deutsche Innungs- und Handwerkstag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß angestellt der trostlosen politischen und wirtschaftlichen Lage unseres Vaterlandes jeder deutsche Handwerksmeister und jede Frau Meisterin, sowie deren wahlberechtigte, über 20 Jahre alten Töchter und Söhne bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimmen restlos auf eine bürgerliche Wahlliste vereinigen. Kein Angehöriger des gewerblichen Mittelstandes darf glauben, daß die von der Sozialdemokratie geforderte Sozialisierung der Betrieb und Produktionsmittel nicht auch das Handwerk und Gewerbe berührt. Es muß sich vielmehr jeder Handwerker mit seinen wahlberechtigten Familienmitgliedern darüber klar sein, daß die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ein Volkstrost in den Nüchtern des eigenen Standes, sowie Verrat bedeutet. Selbst der tiefste Schmerz über den Verlust lieber Angehöriger und die größte Erbitterung über den teilweisen oder gänzlichen Ruin der Existenz berechtigen ebensowenig zum Verrat am eigenen Stand, wie Unzufriedenheit mit einer der alten Parteien. Der Innungs- und Handwerkstag hat jedoch Vorsorge getroffen, daß selbst die Erbitterten seiner Bevölkerungsbereichen unter voller Wahrung ihrer Interessen, bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zu den bundesstaatlichen Parlamenten ihre Stimme einer bürgerlichen Partei aufzuführen können. Die Vertretung des deutschen Handwerks erwartet von den bürgerlichen Parteien, daß sie unter Zurückstellung aller sonstigen Gegenstände ihre Wahlkreisleistungen anstreben, sich über eine verbundene Wahlliste zu verstündigen.“

Regierungskrise in Braunschweig.

Braunschweig, 3. Januar. Die gestrige öffentliche Versammlung des A.- und S.-Rates, in dem die Unabhängigen die Zügel in der Hand haben, nahm einen ungewöhnlich bewegten Verlauf und endete mit einer schweren Regierungskrise. Zur Beratung und Schlussfassung stand ein Antrag über die Einberufung des Landtages und eine Denkschrift über ein Arbeits- und Regierungsprogramm. Der Konsort erreichte seinen Höhepunkt, als ein Antrag des Präsidenten mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen wurde, wonach die ganze Denkschrift als unzweckmäßig abgelehnt und dafür eine neue gemeinsame Denkschrift des Präsidenten und sämtlicher Volkskommissare gefordert wurde. In diesem Verfahren erhielten fünf Volkskommissare ein Mehrheitsvotum und erklärten sofort ihren Rücktritt, die bisherige Wirklichkeit gebe nicht weiter und sie könnten die Verantwortung nicht länger tragen. Der A.- und S.-Rate, der zurzeit aus seinen Reihen die Volkskommissare nicht ersehen kann, will die Demission nicht annehmen.

Die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

Die deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird gegenwärtig durch eine Kommission der Alliierten geprüft, die ihren Sitz in London hat. Die weiteren Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands werden nunmehr an die Waffenstillstandskommission erfolgen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Gleichzeitig wird jetzt aus Spa gemeldet, daß die Entente energische Maßnahmen getroffen hat, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals sicherzustellen. Bei den Eisenbahnverwaltungen der Entente liegt ein höherer deutscher Beamter oder Staatssekretär eingesetzt, der die Aufgaben und das Recht hat, die Interessen des deutschen Eisenbahnpersonals wahrzunehmen und eine gute Behandlung, Erleichterung des Güterverkehrs usw. sicherzustellen. Die bisher bei dem deutschen Lokomotivpersonal vielfach bestehende Abholzung mit den abfuhrfern den Lokomotiven nach Belgien usw. zu geben, ist daher nicht mehr begründet.

Die Entente erläutert, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, den Hauptzweck des Waffenstillstands darin, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland zu verhindern. Der Geist, in dem alle weiteren Verhandlungen von der Entente geführt werden, hängt also davon ab, ob die Entente zu überzeugen, daß Deutschland die Demobilisierung ohne jeden Hintergedanken tatsächlich und so schnell wie möglich durchführt. Da war es von Wichtigkeit, der Entente eine Übersicht über die Fortschritte der Demobilisierung zu bieten. Dies ist von Seiten der deutschen Waffenstillstandskommission am Jahresende in Form einer Note gegeben.

Deutschlands ist die völlige Unmöglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten erwiesen. Es wurde deshalb von der deutschen Waffenstillstandskommission angeregt, nunmehr weitere Erleichterungen für den Verkehr und die Gewalt im besetzten Gebiet zu gewähren. Ferner wiederholte die deutsche Waffenstillstandskommission das Erliche, zum Rücktransport der deutschen Truppen aus der Ukraine, rund 20000 Mann, den Seeweg freizugeben. Nach den letzten Reldungen ist die Saar für den Abtransport aus Rumänien bereits in den Händen starker Bolschewistenbanden. Der Seeweg ist völlig abgeschnitten. Einen deutschen Anschluß gibt es nicht mehr. Die Gefahr wächst täglich, da mit Angriffen übermäßiger russischer revolutionärer Kräfte zu rechnen ist. Die Kampfkraft der noch auf russischen Boden stehenden deutschen Truppen ist infolge der Abgabe von Waffen und Munitionen schwach geworden.

London, 2. Januar. Da ein frischer Angriff auf die Stadt und ein erneuter Angriff auf das Land erfolgen kann, kann kein Individuum sicher sein, daß es überleben wird.

Die Entente erläutert, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, den Hauptzweck des Waffenstillstands darin, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland zu verhindern. Der Geist, in dem alle weiteren Verhandlungen von der Entente geführt werden, hängt also davon ab, ob die Entente zu überzeugen,

lossener nicht mehr angenommen und wird zur Erspartung unzähliger Wege und Vermeidung von Zeitverlust obiger Hinweis zur Beachtung empfohlen.

— Alle Marinemannschaften, die noch nicht entlassen sind, haben sich zu der Marineversammlung am Freitag, den 3. Januar, 11 Uhr vorm. in der Marinakompanie, Treppen-Nr. Jägerplatz, einzufinden.

— Da das aktive 18. Jäger-Bataillon infolge des nicht geschlossenen Abiturnotportes nicht in die Stadt eingehen konnte, wird am Sonntag, den 5. d. Mts., 11.30 vorm. auf dem Außenhofe der Jägerkaserne Begehung des Bataillons durch die Stadt erfolgen. Alle Feldgutteilnehmer des Bataillons werden eingeladen, an dieser Feier teilzunehmen.

— Stab 46 Landw.-Div., Stab Landw. 7. Fregt. Wilna und die Regimenter Landw. Inf. Reg. 101 Wilna, Landw. Inf. Reg. 103 Rowno, Landw. Inf. Reg. 105 Bahnstrecke Wilna und Rowno werden zum "Transport in die Heimat" bereitgestellt. Die 47. Landw.-Div. liegt in und bei Comel nördlich Tschernigow. Der Abtronport soll im ersten Drittel des Januar beginnen. — Das Landw. Inf. Reg. 388 hat am 26. Dez mit dem Dampfer "Tassel" den Heimtransport angetreten.

— Der Regimentstab und die 3. Abteilung des Ref.-Feldart.-Reg. 32 sind aus dem Felde eingetroffen und in Wiesenstein untergebracht.

— Die Pockenepidemie in Dresden ist leider noch nicht erloschen. Bis jetzt sind über 80 Fälle festgestellt worden. Die Krankheit tritt in allen Stadtteilen auf und ist meist durch Familienmitglieder übertragen worden. Zahlreiche Übertragungen sind auch in einer größeren Herberge in der inneren Stadt festgestellt worden. Eine Schließung dieser Herberge ist jedoch nicht angebracht, weil dann die dort Einlehnenden sich in andere Häuser begeben würden, wobei die Pockenübertragung sich noch weiter steigern würde.

Leipzig.
— Für den Gas- und Stromverbrauch sind auch hier seit 2. Januar gewisse Einschränkungen eingetreten. Von 8 Uhr nachmittags darf in Groß- und Kleinhändlereien, in Kontoren und sonstigen Geschäftsräumen kein Gas oder Strom mehr verbraucht werden. Elbstverständlich ist auch die Lichtstellwand verboten und die Außenbeleuchtung der Schaufenster auf eine Lampe beschränkt worden.

Bautzen, 2. Januar. Der Ausbruch der Pocken ist nach einer Mitteilung des Bezirkssatzes auch in der Amtshauptmannschaft Bautzen festgestellt worden. Die Seuche tritt zunächst nur in einem Orte auf Seiten der Verbündeten sind alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit nach Möglichkeit zu verhindern.

Kirche und Unterricht

k Dresden. Kath. Mutterverein. Sonntag, den 5. Januar, nachmittags nach der 1/2, 8 Uhr Segensandacht findet die Mutterpredigt in der Herz-Jesu-Kirche statt.

k Löbau i. Sa. Im vergangenen Jahre 1918 waren in unserer Kirche 4^o (1917: 41) Taufen, 9 (11) Aufgebote, 44 (8 4729) Kommunionen. Verlobungsfeiern waren 56 (71) und Heiratungen 39 (40) darunter 22 auf auswärtigen Friedhöfen. Ein Wohltäter stiftete durch eine größere Summe die nunmehrige Anlage unserer Kirchenheizung.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S Aue. Sonntag, 5. Januar, nachm. 5 Uhr, im "Blauen Engel" Zusammenkunft aller Mutterchristen

des Bezirkes zwecks Gründung einer Ortsgemeinde der christlichen Volkspartei.

S Neukentendorf Bei den gut gewogenen Weihnachtsfeiern wurde die Gründung soth. Brüder beschlossen. Die Organisation in Ebersbach und in Neukendorf mit Waldorf, Elbog und Neukendorf übernimmt Pfarrer Kneschke, in Seestromsdorf Expositus Hermann.

S Zwönitz. Marienverein. Am 6. Januar, dem 1. Dienstagabend abends 7 Uhr findet im Saale der "Saxonia" eine Weihnachtsfeier mit Theateraufführung statt, wozu alle Mitglieder, deren Eltern und Angehörige auf das herzigste eingeladen werden.

S Zwönitz Sonntag, 6. Januar, 7 Uhr abends in der "Saxonia" Versammlung des Arbeitervereins und der Betriebsmänner des Zentrumvereins. — Montag, 6. Januar abends 7 Uhr gemeinsame Weihnachtsfeier (Familienabend) des Marien- und Klinglinabvereins. Die Eltern und die aus dem Felde heimgekehrten Soldaten werden hiermit eingeladen.

Kirchlicher Wochenkalender

Aue. 9. O. u. Fr. 8. II. M. 9. M. Montag: 9. O. Fr.

6. S. 8. II. Leipzig-Gohlis, 1. St. Georgskapelle am Jägerplatz. (Fernspr. 41 1-1/2 M. m. Anprobe, 1/2 1 Fr. u. M. 6. II. Montag: 1/2 Fr., 1/2 10 Min. Gottesdienst Fr. u. O. nachm. 6. II. Fr. ab. 7. II.

Leutzsch. (Schlosskapelle) 9. O.

Mittweida. So. u. Mo. 7. II. 9 Fr. O. u. S. S. 3. II. 1/2 8. II.

Wickau. 1/2 8. II. 1/2 9. II. Sch. 1/2 10. M. Fr. 6. S. S.

Montag: 1/2 8. II. 1/2 9. II. Sch. 1/2 10. O. u. Fr. 6. S. S.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: J. B. Dietrich v. Weber, für den Inserenteil: Erwin Schön. Druck und Verlag der "Saxonia" Buchdruckerei G. m. b. H. zu Dresden.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Slotzsche „Alberthöhe“

Sonnabend, den 4. Januar 1919, abends 7 Uhr

Vortrag des Kaufmanns Otto Ziller: „Des deutschen Volkes Schicksalsstunde.“

Eintritt frei.

Eintrittskarten in Slotzsche Alberthöhe, in den Geschäften Schößlerstraße 3 I. und Räderitzstraße 18, im Verkehrshäuschen am Pirnaischen Platz und Sachsenallee 8.

Sächsische Landes-Lotterie

Ziehung 2. Klasse

5. u. 9. Januar 1919

110.000 Lire, 15000 zweite

im Hintergr. 100

20801000

Hausnummer 100

800000

300000

500000

200000

150000

100000

Preise der Lotte 2. Klasse

1/1 1/6 1/2 1/1

+ 20 50 - 00

Voll-Lotte für alle Klassen gleich

1/5 2 3

25 50 125 25

Eduard Renz,

König. Staats-Lott-Einzelhandlung

Dresden A., Annenstraße 9

Bank-A.: Allg. Post Kredit-Kasse

Ueberführungen und Beerdigungen

Übernehmen Sie jedergewünschte Aufführung auch aus allen Krankenhäusern, Altenanstalten, Kliniken und Lazaretten die

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Am Sonntag, 6. Januar, Bautzner Straße 37

Fernspr. 1157. Fernspr. 25091.

Auskünfte mit Konstanzeausgabe unentbehrlich!

Grabdenkmäler

Kreuze, Platten etc.

In allen Steinarten. Erneuerungen alter Denkmäler.

Gebrüder Ziegler, Bildhauer

Dresden, Friedrichstraße 64.

Christuskörper

aus Galvanobronze in jeder Größe.

Wähler und Wählerinnen Achtung!

Bis zum 6. Januar muß jeder Wähler und jede Wählerin sich davon überzeugen, ob ihre Namen in der Wählerliste richtig eingetragen sind.

Wer nicht eingetragen ist, darf nicht wählen!

An den Maueranschlägen des Rats sind die Listen bekannt gemacht, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen.

Dort suche jeder in dem alphabetischen Register seine Straße, dann unter der hinter dem Straßennamen angegebenen Nummer das Blatt, in dem die Liste liegt.

Dorthin begebe man sich noch heute und prüfe die Wählerliste!

Dresdner Bürgerrat.

Breitestraße 9.

Dresdner Lehranstalt für Musik

Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25 Spremberg. 13-1
Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus. * Verschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von Klaviers- und Violinschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Zusammenspiel, Musikgeschichte, Dirigierung, Kirchenmusik : Schüler-Orchester- und Chorklassen : Hochschulwissenschaftliche Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vorlesungsabzeichen und öffentl. Auftritte : Eintritt jedermann : Anmeldung: wochentags 8-1 Uhr

Grosse Auswahl

feinster Parfümerien, Haarwasser, Zahnpasta usw. in eleganter Präsent-Aufmachung

biete ich dem geschätzten Publikum in meinem

Stadtgeschäft Seestrasse 19

Hermann Schöbel,

Parfümeriefabrik — gegr. 1888.

Elisenstraße 68—70.

Malermeister

F. Nössler

Spittastraße 4

aus dem Felde zu 2 k

Ausführungen aller Malerarbeiten

Mädchen,

das sich jeder Wünsche erfüllt

Angebote und 1. O. E. 4251

an die Geschäftsräume

erhebe

Raplan v. Der,

Elisenstraße 22